

Entschuldigt fehlen:

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger	SPD
Herr Heinz Brosig	SPD
Herr Thomas Euler	SPD

Verwaltung:

Frau Kukulenz	Volkshochschule (VHS)	TOP 6
Frau Sißmann	Bauamt	TOP 18
Herr Weigel	Bauamt	TOP 18
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Nebel	Bezirksamt Heepen	Schritfführerin

Gäste:

Frau Kohlstädt	moBiel GmbH	TOP 10.2
Herr Schäfermolte	moBiel GmbH	TOP 10.2
Herr Pöschel	MVA Bielefeld-Herford GmbH	TOP 7
Herr Pörtner	MVA Bielefeld-Herford GmbH	TOP 7

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher Herrn Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) für seine 30jährige Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung Heepen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmeapparates aufgezeichnet werden.

Des Weiteren beantragt er, die Tagesordnung um den Punkt „Testbetrieb für on-Demand-Verkehre“ zu erweitern und begründet die Dringlichkeit. Er schlägt vor, dieses Thema unter TOP 10.2 zu beraten.

Zur Tagesordnung fasst die Bezirksvertretung Heepen sodann folgenden

B e s c h l u s s:

1. Als Dringlichkeitspunkt wird als TOP 10.2 in die Tagesordnung aufgenommen:

„Testbetrieb für On-Demand-Verkehre“.

2. Die zeitliche Behandlung erfolgt nach TOP 7 der Tagesordnung.

3. Der bisherige TOP 10 wird TOP 10.1.

- einstimmig beschlossen -

Die erweiterte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

Zu Punkt 1.1 **Schriftliche Einwohnerfrage zur Beleuchtung im Sieben-Teiche-Grünzug**

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die schriftliche Einwohnerfrage des Kinder- und Jugendhauses der AWO in Brake vom 10.10.2019.

Die Jugendlichen des Kinder- und Jugendhauses fragen an, warum der Grünstreifen „Sieben Teiche“ zwischen Glückstädter Straße und Wefelshof zu den normalen Nutzungszeiten nicht ausreichend beleuchtet werde. Darüber hinaus bitten sie um Mitteilung, welche Kriterien bei der Bestimmung von Parkbeleuchtung eine Rolle spielen und wie diese gewertet seien.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Fachverwaltung um Beantwortung der Fragen in der Sitzung der Bezirksvertretung am

28.11.2019.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 1.1 *

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Schriftliche Einwohnerfrage zur Beleuchtungssituation auf den Zuwegen zum Abenteuerspielplatz "Schelpmilser Weg"

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die schriftliche Einwohnerfrage zur Beleuchtungssituation im Bereich des Abenteuerspielplatzes „Schelpmilser Weg“ vom 18.10.2019.

Die Leitung des Abenteuerspielplatzes bemängelt, dass das 12.000 qm große Gelände sowie die Tore und Zuwege durch die Parkanlagen nicht beleuchtet seien. Die Besucher*innen, ab 6 Jahre, legten ihren Weg zum Abenteuerspielplatz in völliger Dunkelheit zurück, was nach ihrem Ermessen unter verschiedensten Blickwinkeln ein Sicherheitsrisiko für oftmals noch sehr junge Kinder darstelle. Als einziger beleuchteter Zuweg biete sich den Jungen und Mädchen der Fußweg entlang des Schelpmilser Wegs, welcher aufgrund der riskanten Verkehrslage nicht als Alternative gewertet werden könne und von den Besucher*innen auch nicht freiwillig genutzt werde. Die Leitung bittet daher die Bezirksvertretung darum, sich diesem Sicherheitsrisiko anzunehmen. Wenn gewünscht, könne eine Besichtigung vor Ort erfolgen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Fachverwaltung um Antwort zu dem Anliegen des Abenteuerspielplatzes in der Sitzung der Bezirksvertretung am 28.11.2019.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 1.2 *

-.-.-

Zu Punkt 1.3

Mündliche Einwohnerfragen

a) Sauerstoffwerk Friedrichshafen (Betriebsstörung)

Herr Kaufmann (Einwohner des Stadtbezirks Heepen) berichtet, dass sich am Samstag, den 26.10.2019, um ca. 10.30 Uhr im Sauerstoffwerk Friedrichshafen, Friedrich-Hagemann-Straße 30, eine Betriebsstörung ereignet habe. Da dies ein sog. Störfallbetrieb sei, könnte es sich um einen Störfall gehandelt haben. Zu der vg. Zeit sei ein mit einer gemessenen Lautstärke von 75 dB nicht zu identifizierendes, sehr lautes, mechanisches Geräusch ertönt, das ca. 1 Stunde zu vernehmen gewesen sei. Da nach seinem Kenntnisstand am Tage nur ein Betriebsgeräusch von 50 dB zulässig sei, müsse es sich um eine Betriebsstörung gehandelt haben. Dieses Geräusch habe die Anwohner sehr beunruhigt, zumal im verursachenden Betrieb telefonisch niemand zu erreichen gewesen sei.

Die Anwohner bitten daher um Aufklärung des Sachverhaltes. Darüber hinaus bittet Herr Kaufmann um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie werden die Anwohner im Störfall benachrichtigt?
- Welche Schutzmaßnahmen sind von den Anwohnern ggf. zu ergreifen?
- Nach seinem Kenntnisstand bestehe ein Sperrbereich in einem Umkreis von 507 m. Wie ist die Bedrohungslage ab 508 m?
- Wie ergibt sich der Wert von 507 m? (Berechnung)

Des Weiteren berichtet er, dass in den Informationen über Sicherheitsmaßnahmen des Sauerstoffwerkes darauf hingewiesen werde, dass im Notfall auf Sirensignale zu achten sei und eine Entwarnung durch Rundfunkdurchsage erfolge. Dazu bittet Herr Kaufmann um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie lautet das Signal?
- Welcher Radiosender ist gemeint?

Abschließend bittet er um eine schnelle Aufklärung des Sachverhaltes, da die Anwohner sehr beunruhigt seien, zumal im Werk nach seinem Kenntnisstand auch 24,5 t Chlorgas gelagert würden. Er weist auf die Gefahren, die von diesem Gas ausgehen, hin.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher sichert Herrn Kaufmann die Weiterleitung seiner Fragen an die Verwaltung zu.

b) *Straßenmarkierung vor der Grundschule Milse*
(BV Heepen, 12.10.2017, TOP3.9)

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) erklärt, er habe bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass man als Autofahrer, wenn man vom Kreisverkehr Milse in die Elverdisser Straße abbiege, viele „Beobachtungspunkte (Abbiegevorgang, Zebrastreifen, Radfahrer, u.s.w.) habe, sodass das „30er Verkehrszeichen“ leicht übersehen werden könne, da es schnell außerhalb des Sichtbereiches des Fahrzeugführers liege. Er habe in der Sitzung am 13.09.2017 deshalb angefragt, ob es möglich sei, auf der Fahrbahn (nach dem Zebrastreifen) ein „30er Zeichen“ aufzubringen. Dies sei bisher noch nicht erfolgt und er bittet um Erledigung.

c) *Mehrgeschossige Bauweise in Gewerbegebieten*

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) fragt nach, warum -trotz des aktuellen Bedarfs an Flächen für Gewerbebetriebe- für die Planung und Errichtung von Gewerbegebieten keine mehrgeschossige Bauweise vorgeschrieben werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, zwar könne eine Mehrgeschossigkeit den Flächenbedarf bzw. -verbrauch reduzieren, die Planungen müssten aber dem jeweils geltenden Baurecht entsprechen.

d) *Grünschnitt Buschbachweg im Bereich des Wendehammers*

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) berichtet, dass am Ende des Buschbachweges das Gras in den Wendehammer hinein wachse.

e) *Abfallkalender 2020*

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) berichtet, dass in dem ihm kürzlich zugestellten Abfallkalender nicht alle Abholtermine verzeichnet gewesen seien und er deshalb beim Umweltbetrieb (UWB) unter der Durchwahl 51-5757 angerufen habe. Dieser Anschluss sei jedoch auf das Servicecenter der Stadt umgeleitet worden. Das Servicecenter habe seinen Anruf (wieder) an den Umweltbetrieb weitergeleitet. Er fragt an, ob der o.g. Anschluss beim UWB besetzt sei. Sofern dies nicht der Fall sei, regt er an, im Internet die Nummer des Servicecenters zu hinterlegen.

f) *Verkehrsbelastung Altenhagener Straße*

(BV Heepen, 26.01.2017, TOP 1 sowie 06.04.2017, TOP 2 und 4)

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) erklärt, er habe vor längerer Zeit die Frage nach der Verkehrsbelastung im Bereich des Netto-Marktes an der Kafkastraße gestellt. Er habe damals die Antwort erhalten, dass ein Gutachten nach Eröffnung des Marktes erstellt werde. Er fragt nach, ob dieses Gutachten zwischenzeitlich vorläge.

g) *Stau an der Ampelkreuzung Altenhagener Straße / Kafkastraße*

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) berichtet, dass es auf der Altenhagener Straße im Bereich der Kreuzung Kafkastraße des Öfteren einen längeren Rückstau (Richtung Fa. Steinmeier) gebe. Er bittet um Prüfung und Optimierung der Ampelschaltung.

h) *Ampelanlage BAB / Abfahrt - Auffahrt*

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) erklärt, die Ampelanlage Ostwestfalenstraße / BAB2 sei aufgrund seiner Nachfrage in einer der vorangegangenen Sitzungen zwischenzeitlich optimiert worden. Darüber hinaus habe er beobachtet, dass für den Verkehr, der aus Richtung Lippe komme, eine längere Grünphase geschaltet sei, als für den Verkehr, der aus Altenhagen in Richtung Lippe fließe. Er fragt an, ob für den Verkehr in Richtung Lippe die Grünphase entsprechend verlängert werden könne.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher sichert Herrn Kettner die Weiterleitung seiner Fragen und Anregungen an die jeweiligen Fachdienststellen zu.

i) *Müllfahrzeuge auf Klein- und Mittelstraßen*

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) erklärt, er habe in der Sitzung am 27.06.2019 eine Anfrage zur Belastung von Klein- und Mittelstraßen durch Müllentsorgungsfahrzeuge gestellt. Er habe nachgefragt, ob es Vorschriften gebe, die das Befahren dieser Straßen durch die größeren Fahrzeuge verhindere. Er habe dazu eine Antwort erhalten, in der u.a. darauf hingewiesen werde, dass das kleine Fahrzeug (2-Achs-Fahrzeug) überall dort eingesetzt werden könne, wo nicht durch eine straßenrechtliche Einschränkung der Straßenverkehrsbehörde mittels Verkehrsschild die Tonnage beschränkt sei. Er bemängelt, dass sich hieraus keine Verpflichtung zum Einsatz dieser Fahrzeuge auf Klein- und Mittelstraßen ergebe, sondern nur die Möglichkeit es Einsatzes bestehe. Er sieht damit seine Frage nicht beantwortet und bittet noch einmal um Klärung, ob es eine Liste gebe, aus der ersichtlich sei, welche Fahrzeugklassen welche Straßen befahren können.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob es eine Betriebsanleitung gebe, aus der hervorgehe, welcher Straßengrund für welches Fahrzeug geeignet sei, d.h. wie stark müsse eine Straßendecke sein, um den Schwerlastverkehr unbeschadet zu tragen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er werde die Frage an die Fachverwaltung zur Beantwortung weiterleiten.

j) *Aufsicht- und Fürsorgepflichten der Bezirksvertretung*

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) beklagt sich über die Qualität der Antworten, die er auf seine Anfragen in den Einwohnerfragestunden der Bezirksvertretung von der Fachverwaltung erhalte. Er fragt nach, welche Aufsicht- und Fürsorgepflicht die Bezirksvertretung hierbei übernehme.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung die Antworten auf die Einwohnerfragen zur Kenntnis erhalten und aus den Antworten ggf. teilweise andere Schlüsse ziehen als der Fragesteller. Die Einwohner des Stadtbezirkes hätten jedoch die Möglichkeit, in einer der nächsten Sitzungen erneut ihr Anliegen vorzutragen, wenn sie die Antwort inhaltlich als unzureichend ansähen. Die Bezirksvertretung werde dann die Fachverwaltung erneut um Stellungnahme bitten.

k) *KAG-Beiträge*

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) erklärt, er habe in einem Artikel aus der Zeitschrift „Haus & Grund“ zum Thema „Straßenbaubeiträge“ gelesen, dass NRW die Straßenbaubeiträge mit Zuschüssen aus dem Landeshaushalt senken wolle. Für Bielefeld werde dort jedoch berichtet, die Straßenbaubeiträge blieben maximal hoch, an der Abrechnungspraxis werde sich vorerst nichts ändern. Des Weiteren geht er auf den Antrag der Fraktionen von CDU, Bielefelder Mitte sowie der FDP-Ratsgruppe am

11.07.2019 im Rat der Stadt Bielefeld (s. TOP 4.1) ein, in dem u.a. die Absenkung der KAG-Beiträge vorgeschlagen wurde. Er fragt nach, welche Auffassung die SPD zu diesem Thema vertrete.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt dazu, dass die Verabschiedung der KAG-Reform durch das Land NRW noch ausstehe. Derzeit lägen unterschiedliche Entwürfe vor. Die Stadt Bielefeld lehne es ab, der zu erwartenden Neuregelung durch das Land vorzugreifen.

l) Milse als Verkehrsmittelpunkt

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) nimmt Bezug auf diverse Zeitungsartikel, u.a. auch auf einen Bericht, wonach der Ausbau der Herforder Straße auf der Kippe stehe. Ebenso verweist er auf den kürzlich erfolgten Abriss des Hofes Herforder Straße 549. Er fragt nach, ob die SPD-Fraktion gegen den Ausbau der B 61 und den Neubau der L712n stimme.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass ihm keine Vorlage bekannt sei, die sich mit einer Neubewertung befasse.

m) Mobilitätsstation Milse

Herr Tresser (Einwohner des Stadtteils Milse) erklärt, er habe der Presse entnommen, dass in Milse eine Mobilitätsstation aufgebaut werden solle. Beispielsweise solle der Parkplatz an der Stadtbahnhaltestelle erweitert werden. Dies bedeute, dass der Verkehr in Milse nicht ab-, sondern weiter aufgebaut werde. Der LKW-Schwerlastverkehr werde durch den Ausbau des Gewerbegebietes Hellfeld weiter zunehmen. Für (Lasten-)Fahrräder fehlten dort geeignete Radwege. Des Weiteren zitiert er einen Zeitungsbericht, wonach das Straßennetz umgebaut, der Autoverkehr verringert und Wohngebiete entlastet werden sollen.

Er fragt an, wie der Stadtteil Milse künftig im Hinblick auf Verkehr gesehen werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass ihm derzeit keine Vorlage bekannt sei, die sich mit den vielen angedachten Maßnahmen befasse.

n) Verkehrsentwicklung

Herr Blumenstock (Einwohner des Stadtteils Milse) fragt an, wie hoch, im Vergleich zu heute, voraussichtlich die Verkehrszahlen für folgenden Straßen zum Prognosejahr 2030 sein werden:

- Elverdisser Straße
- Altenhagener Straße
- Braker Straße

Er bittet darum, folgende Parameter dabei zugrunde zu legen:

- Fertigstellung der L 712 n
- 4-spüriger Ausbau der B 61 (Herforder Straße)
- Ausbau/Durchbau der Grafenheider Straße
- Fertigstellung des Gewerbegebietes Hellfeld

Weitere Parameter, die das Verkehrsgeschehen für diese Straßen beeinflussen, seien analog dazu den „Ergänzenden Verkehrsuntersuchungen zum Hellfeld vom 19.02.2019“ zu entnehmen und zu berücksichtigen. Er bittet darum, die Ergebnisse in tabellarischer Form gegenüberzustellen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher sichert Herrn Blumenstock die Weiterleitung seiner Anfrage an das Amt für Verkehr zu.

o) Tempo 30 vor der Grundschule und Kindertageseinrichtung Am Wellbach

Frau Haubeck (Einwohnerin des Stadtteils Baumheide) erklärt, dass die Straße Am Wellbach vielfach mit zu hohem Tempo befahren werde. Als Verbindungsstraße zwischen Herforder und Eckendorfer Straße, auf denen in dem jeweiligen Abschnitt Tempo 70 als Höchstgeschwindigkeit zulässig sei, werde auch die Straße Am Wellbach häufig mit Tempo 70 befahren. Sie fragt nach, ob es möglich sei, vor der Grundschule und der Kindertageseinrichtung Am Wellbach jeweils eine Tempo-30-Zone einzurichten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Fachverwaltung dies für die Kindertageseinrichtung derzeit bereits prüfe. Er werde den Prüfauftrag entsprechend um den Bereich der Grundschule erweitern.

p) Ampelschaltung Herforder Straße / Rabenhof

Frau Haubeck (Einwohnerin des Stadtteils Baumheide) berichtet, sie habe beobachtet, dass die Ampelschaltung an der Kreuzung Herforder Straße / Rabenhof (Übergang Rabenhof in Grünzug neben der Feuerwache) für Fußgänger sehr ungünstig sei. Die Grünphase sei so kurz, dass Fußgänger immer in der Mitte stehen bleiben und die nächste Grünphase abwarten müssten. Dies sei insbesondere schwierig, wenn man dort mit Kindern auf der Mittelinsel warten müsse, und der Verkehr mit hoher Geschwindigkeit an den Fußgängern vorbeifahre.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er werde die Anmerkung an das Amt für Verkehr weiterleiten mit der Bitte zu klären, ob es eine Möglichkeit gebe, die Ampel so zu schalten, dass Fußgänger diese während *einer* Grünphase überqueren können.

q) Zustand des Park- und Grünstreifens Ludwig-Erhard-Allee

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) erklärt, er habe auf die in der Sitzung der Bezirksvertretung am 27.06.2019 von ihm gestellten Fragen zum Gewerbegebiet Ludwig-Erhard-Allee noch keine Antwort erhalten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher äußert, dass seine komplexen Fragen zu diesem Bereich an die Fachverwaltung weitergeleitet worden seien und er entsprechend Rückmeldung erhalten werde. Des Weiteren erklärt Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher, er habe zwischenzeitlich mehrfach den Fußweg der von der Ludwig-Erhard-Allee zur Bechterdisser Straße führe, befahren, aber die von Herrn Bode angesprochene Vermüllung dort nicht feststellen können.

Herr Bode äußert, dass auf der Ausgleichsfläche zwischen Ludwig-Erhard-Allee und Tierklinik beim letzten Sturm ein Baum umgestürzt sei und nur noch durch die Äste der benachbarten Bäume gehalten werde. Dies sei gefährlich, da der Baum über dem Geh- und Radweg hänge. Er bittet um Beseitigung der Gefahr.

Des Weiteren erklärt er, dass nach seinem Kenntnisstand die Verwaltung aufgrund der Beschwerden der Oldentruper Bürger*innen über den Zustand an der Ludwig-Erhard-Allee auf die Anwohner zukommen wollte (s. Antrag Dr.-Nr. 6655/2014-2020 vom 17.05.2018) und fragt nach, warum dies bisher nicht erfolgt sei.

r) *Tempo 30 auf der Ludwig-Erhard-Allee*

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) fragt an, ob es möglich sei, die Straße Ludwig-Erhard-Allee durchgehend als Tempo 30-Zone auszuweisen.

Der Verkehr nehme zu, für die Fußgänger an der Ludwig-Erhard-Allee werde es nach seiner Ansicht dort immer gefährlicher.

Zudem bittet er um Prüfung, ob eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Bechterdisser Straße, zumindest in dem Bereich von der Oldentruper Straße bis zur Autobahnunterführung (A 2) möglich sei, da dieses Teilstück oft am Wochenende als „Rennstrecke“ genutzt werde. Hier bittet er zudem darum, die Geschwindigkeit des Öfteren zu kontrollieren.

s) *Verkehrskonzept Teltower Straße/Ecke Potsdamer Straße*

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) fragt nach, wie das Verkehrskonzept Teltower Straße / Potsdamer Straße aussehe, nachdem das Postfrachtzentrum DHL dorthin umgezogen sei und sich am neuen Standort vergrößert habe.

Darüber hinaus merkt er an, dass sich die Bezirksvertretung in den vergangenen Jahren gegen die weitere Ansiedlung von Fuhrbetrieben ausgesprochen habe. Deshalb sei er verwundert, dass DHL sich in diesem Umfang vergrößern konnte.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erwidert, dass es dabei in erster Linie um Speditionen/Logistikunternehmen ginge, deren Betrieb rund-um-die-Uhr erfolge. DHL nutze eine alte Industriebrache. Diese hätte auch wieder aktiviert werden müssen. Er

werde sich auch weiterhin gegen die Ansiedlung von Logistikunternehmen in den Gewerbegebieten aussprechen.

Herr Bode fragt nach, wie das „alte“ DHL-Gebäude, Dingerdisser Str. 37, künftig genutzt werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er werde die Anfrage weiterleiten. Da dies eine privatrechtliche Frage sei, könne er nicht zusagen, ob er eine entsprechende Auskunft erhalten werde.

t) *Ampelanlage Bechterdisser Straße / Ostring (Porsche-Zentrum)*

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) erklärt, nach seiner Auffassung sei die Signalanlage an der Kreuzung Bechterdisser Straße / Ostring für Fußgänger sehr gefährlich, da die Rechtsabbieger, die von der Bechterdisser Straße auf den Ostring fahren, die querenden Fußgänger nicht immer beachten. Er fragt nach, ob es möglich sei, dass während der Grünphase der Fußgänger, für die Autofahrer eine Rotphase geschaltet werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, man könne die Fußgänger schützen, indem z.B. für Rechtsabbieger ein grüner Lichtpfeil geschaltet werde.

u) *Genehmigung des Parkhauses Bechterdisser Straße/Ostring*

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) fragt nach, warum das Parkhaus im Bereich Bechterdisser Straße / Ostring genehmigt worden sei. Dieses füge sich optisch nicht in das Umfeld ein.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die rechtskräftigen Bebauungspläne sowie das aktuelle Baurecht. Wenn die Bebauung in dieser Art zulässig sei, gäbe es einen Anspruch auf Erteilung der Baugenehmigung.

v) *Lärmschutzgutachten Gewerbegebiet Ludwig-Erhard-Allee*

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) erklärt, dass das Gewerbegebiet an der Ludwig-Erhard-Allee fortlaufend erweitert werde. Er fragt nach, ob es dafür ein Lärmschutzgutachten gebe. Dies müsse nach seiner Auffassung bei jeder Erweiterung neu geprüft werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert, dass in einem Baubauungsplan diese Werte festgehalten würden und im laufenden Betrieb nicht überschritten werden dürften.

Dies beziehe sich sowohl auf den Betriebs- als auch auf den Verkehrslärm.

Herr Bode erklärt, es habe bereits vor ca. 10 Jahre ein Verkehrskonzept für den Stadtteil geben sollen. Er bemängelt den Anschluss des Stadtteils an den ÖPNV. Eine Buslinie, die lediglich im 30-min-Takt fahre, schaffe keine Anreize für einen Umstieg

vom Auto auf den ÖPNV.

w) *Baumschnitt Ludwig-Erhard-Allee*

Herr Bode (Einwohner des Stadtteils Oldentrup) erklärt, er habe beobachtet, dass der Forstbetrieb in dem Grünzug, der das Wohngebiet von der Ludwig-Erhard-Allee trenne (sog. grüne Wand), die Bäume zurückgeschnitten habe. Allerdings erfolge der Rückschnitt in der Form, dass die Bäume im unteren Teil ausgedünnt würden, während oben die Krone bestehen bliebe. Dies sei im Hinblick auf mögliche Sturmereignisse nicht sinnvoll. Außerdem fehle den Anwohnern die Abendsonne in der Anwohnerstraße.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er werde die Fragen von Herrn Bode zur Stellungnahme an die entsprechenden Fachdienststellen weiterleiten.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 1.3 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 12.09.2019

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 12.09.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich – TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Projekt in der Bildungsregion Bielefeld „BildungswegStärkung“ (BV Heepen, 27.06.2019, TOP 8)

Den Mitteilungen beigelegt ist die Antwort des Amtes für Schule auf eine Nachfrage aus der Sitzung der BV Heepen vom 27.06.2019 zum Thema „Projekt in der Bildungsregion `BildungswegStärkung“.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2

Filialkonzept der Deutschen Post AG: Umzug der Filiale im Stadtteil Heepen (Salzufler Straße)

Die Deutsche Post AG hat mitgeteilt, dass die Filiale Bielefeld-Heepen, Salzufler Str. 1, kurzfristig mit Ablauf des 29.10.2019 geschlossen wird. Dafür wird am 30.10.2019 eine neue Filiale Bielefeld-Heepen im Geschäft Getränke Hoffmann, Salzufler Str. 46, eröffnet.

Die neue Filiale hat folgende Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag von 09.00 bis 18.00 Uhr und am Samstag von 09.00 bis 14.00 Uhr.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3

Antwort auf eine Einwohnerfrage zur Durchführung der Verkehrsuntersuchung im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/A17 (Interkommunales Gewerbegebiet OWL – Hellfeld-West“ (BV Heepen, 27.06.2019, TOP 1)

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Antwortschreiben auf die Einwohnerfrage in der Sitzung der BV Heepen vom 27.06.2019 zur Berücksichtigung von Verkehrswegen im Rahmen der Verkehrsuntersuchung in dem o.g. Bauleitplanverfahren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4

Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der

Straße Müllerweg

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Information des Amtes für Verkehr vom 20.09.2019 zur Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Müllerweg.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5

Protokoll der Sitzung der Unfallkommission 2019-I

Die Ergebnisse der letzten Sitzung der Unfallkommission, die das Amt für Verkehr übersandt hat, sind den Mitteilungen beigelegt. Die für den Stadtbezirk Heepen beschlossenen Maßnahmen können den Protokollbögen entnommen werden.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt nach, ob die Anmerkung in dem Protokoll zur Unfallstelle Herforder Str./ Heilbronner Straße, dass die 1-Jahres-Auswertung als erledigt anzusehen sei, weil sie in die 3-Jahres-Betrachtung falle, so zu verstehen sei, dass das letzte Jahr der 3-Jahres Frist gleichzusetzen sei mit dem Ende der 1-Jahres-Frist. Deshalb sei es entbehrlich, die Sache zweimal zu betrachten.

Des Weiteren erklärt er, er sei überrascht, dass die Kreuzung Braker Straße / Engersche Straße in der Auflistung nicht enthalten sei und bittet um Überprüfung der Protokolle.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6

Antwort auf eine Einwohnerfrage zur Sanierung eines Teilstückes des Geh-/Radweges Milser Straße (BV Heepen, 27.06.2019, TOP 1)

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Antwortschreiben auf die Einwohnerfrage in der Sitzung der BV Heepen vom 27.06.2019 zur Sanierung eines Teilstückes des Geh-/Radweges Milser Straße.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bittet darum, das Ergebnis des Ortstermins zum Geh-/Radweg Milser Straße mitzuteilen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7

Antwort auf eine Einwohnerfrage zum Betrieb des Sauerstoffwerkes

Friedrichshafen GmbH (BV Heepen, 27.06.2019, TOP 1)

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Antwortschreiben auf die Einwohnerfrage in der Sitzung der BV Heepen vom 27.06.2019 zum Betrieb des Sauerstoffwerkes Friedrichshafen GmbH.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 Jahr der Demokratie 2019

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Einladung von Herrn Oberbürgermeister Clausen zu einer Präsentation am Tage der Ratssitzung am 07.11.2019. Vorgestellt werden zahlreiche Projekte, die im Rahmen des Jahres der Demokratie initiiert wurden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 Antwort auf eine Einwohnerfrage zum Glascontainerstandort an der Milser Straße (BV Heepen, 27.06.2019, TOP 1)

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Antwortschreiben auf die Einwohnerfrage in der Sitzung der BV Heepen vom 27.06.2019 zum Glascontainerstandort an der Milser Straße.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 Sitzungstermine der Bezirksvertretung Heepen 2020

Die Sitzungstermine der Bezirksvertretung Heepen bis zur Kommunalwahl 2020 ergeben sich aus der den Mitteilungen beigelegten Übersicht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11

**Standort eines weiteren Schul- und Sportbades
(BV Heepen, 27.06.2019, TOP 5.3)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Antwort des Dezernates 2 zu dem Beschluss der Bezirksvertretung vom 27.06.2019 zur Ausweitung des Suchauftrages für den Standort eines weiteren Schul- und Sportbades auf den Stadtbezirk Heepen.

Des Weiteren ist ein Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Rates vom 26.09.2019 zu dem Bau und der Finanzierung eines Hallenbades (Kombibad) in Jöllenbeck beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12

**Sicherstellung der Verwendung der aktualisierten Prioritätenliste für den OGS-Ausbau
(BV Heepen, 27.06.2019, TOP 5.2)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Antwort des Amtes für Schule zu dem Antrag aus der Sitzung der BV Heepen vom 27.06.2019 zu der Sicherstellung der Verwendung der aktualisierten Prioritätenliste für den OGS-Ausbau im Stadtbezirk Heepen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, dass er seine Nachfrage aus der vg. Sitzung durch die Mitteilung nicht als beantwortet ansehe. Er hält seine Frage aufrecht und bittet erneut um Beantwortung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13

**Verkehrssicherheit Ziemannsweg / Braker Straße
(BV Heepen, 28.03.2019, TOP 6.1)**

Die Stellungnahme des Amtes für Verkehr zu dem Antrag „Verkehrssicherheit Ziemannsweg / Braker Straße“ aus der Sitzung der BV Heepen vom 28.03.2019 ist den Mitteilungen beigefügt.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) äußert seine Verärgerung über den Inhalt dieser Mitteilung. Er halte es weiterhin für sinnvoll, auch wenn die Einmündung kein Unfallschwerpunkt sei, eine Einschränkung des Abbiegeverhaltens vorzusehen. Ggf. werde er hierzu erneut einen Antrag stellen und ein Verkehrsgutachten beauftragen, um zu dem Sachverhalt eine weitere Einschätzung zu erhalten.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner zu und erklärt, die Stellungnahme der Fachverwaltung sei für ihn nicht nachvollziehbar. Ggf. müsse man aber abwarten, bis die Grundstücke westlich am Ziemannsweg bebaut seien.

Dadurch würde der Verkehr weiter zunehmen und vs. auch vermehrt Richtung Braker Straße abfließen. Dies müsse daher weiterhin beobachtet werden.

Herr Schatschneider (Die Linke) schließt sich den vg. Äußerungen an und erklärt, die Antwort des Fachamtes sei unbefriedigend.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Verwaltung gebeten werde, die Aussagen in der Antwort vom 10.10.2019 noch einmal zu überprüfen. Die Bezirksvertretung behalte sich vor, einen Ortstermin anzuberaumen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

3.14

Eingabe an den Bürgerausschuss zur Notwendigkeit des Ausbaus an der Grundschule Brake

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Eingabe an den Bürgerausschuss vom 11.07.2019 zur Notwendigkeit des Ausbaus an der Grundschule Brake, die in der Sitzung am 24.09.2019 behandelt wurde. Die Eingabe wurde u.a. zur Information an die BV Heepen verwiesen. Der Vorabauszug aus der Sitzung ist beigefügt.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) äußert seinen Unmut darüber, dass der Bürgerausschuss die Bezirksvertretung über diese Thematik informiere, als sei diese in dem Gremium noch nicht bekannt. Die Bezirksvertretung habe sich in der Vergangenheit mehrfach vehement dafür eingesetzt, die Beseitigung der Mängel an der Grundschule Brake zu priorisieren. Es sei bisher immer an der Zustimmung der gesamtstädtischen Fachausschüsse gescheitert, die Mängel zeitnah zu beheben. Er bittet darum, seine Verärgerung über dieses Vorgehen dem Bürgerausschuss zu übermitteln.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, auch er halte die Vorgehensweise des Bürgerausschusses für befremdlich. Es sei nach seiner Einschätzung Ausdruck dessen, dass dieser nicht wisse, wie mit der Eingabe umzugehen sei.

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, hier zeige sich, wie teilweise mit bezirklichen Beschlüssen umgegangen werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15 **Antwort auf eine Einwohnerfrage zum Zustand der Straße Bentruperheider Weg (BV Heepen, 12.09.2019, TOP 1)**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Antwortschreiben auf die Einwohnerfrage in der Sitzung der BV Heepen am 12.09.2019 zur Verkehrssicherheit der Straße Bentruperheider Weg.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.15 *

-.-.-

3.16 **Teilnehmerzahlen Ferienspiele im Stadtbezirk Heepen**

Den Mitteilungen beigelegt ist eine tabellarische Darstellung der Teilnehmerzahlen an den Ferienspielen im Stadtbezirk Heepen für die Jahre 2015 bis 2019.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.16 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.17 **Antwort auf eine Einwohnerfrage zum Terminvereinbarungskonzept der Bürgerberatung (BV Heepen, 12.09.2019, TOP 1)**

Herr Skarabis verweist auf das als Tischvorlage verteilte Antwortschreiben auf die Einwohnerfrage in der Sitzung der BV Heepen am 12.09.2019 zum Terminvereinbarungskonzept der Bürgerberatung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.17 *

-.-.-

3.18 **Grundsatzbeschluss „ Bielefelder Baulandstrategie“ (BV Heepen, 12.09.2019, TOP 4.11)**

Herr Skarabis verweist auf die vor Beginn der Sitzung verteilte Mitteilung des Bauamtes auf die Nachfragen zur Bielefelder Baulandstrategie in der Sitzung vom 12.09.2019.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, er verstehe die Klarstellung wie folgt: Wenn ein Bebauungsplanverfahren angestoßen worden sei, bevor die Baulandstrategie in Kraft getreten sei, dann falle dieses Verfahren so lange nicht unter die Baulandstrategie, bis sich die

Art der Nutzung ändere und zwar unabhängig von der Größenordnung des Baugebietes. Er fragt nach, ob die Antwort des Bauamtes dahingehend zu verstehen sei.

Hintergrund seiner Frage war, dass es viele Verfahren gebe, in denen lediglich der Aufstellungsbeschluss gefasst worden sei, und bei denen noch keine Entscheidung über die Nutzung getroffen worden sei. Diese würden aus der Baulandstrategie herausfallen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.18 *

-.-.-

3.19

Tageseinrichtungen für Kinder
(BV Heepen, 27.06.2019, TOP 3.4)

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn verteilte Mitteilung des Sozialdezernates zu der Nachfrage aus der Sitzung vom 27.06.2019.nach dem Umgang mit den Evaluationsergebnissen aus den Kindertageseinrichtungen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Nachfrage habe sich nur auf städt. Kindertageseinrichtungen bezogen.

Des Weiteren äußert er, es sei für ihn weiterhin nicht deutlich, wie mit den Evaluationen, die zentral vom Jugendamt angestoßen würden, umgegangen werde, denn in den Kindertageseinrichtungen erhielten die Elternvertreter die Rückmeldung von der Einrichtungsleitung, die Ergebnisse seien katastrophal ausgefallen. Dies schein aber im Jugendamt nicht anzukommen. Er werde daher zur Klärung der Frage in der nächsten Sitzung eine Anfrage oder einen Antrag stellen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.19 *

-.-.-

3.20

Einladung zur Vernissage

Herr Skarabis informiert über die Einladung zur Vernissage "Kolja Quackernack - schwarz auf weiß" am 27.11.2019, um 19.00 Uhr, in der Galerie in der Alten Vogtei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 3.20 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Zustand des Fahrradweges am Schelpmilser Weg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9553/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke.

Der Fahrradweg am Schelpmilser Weg befindet sich in einem sehr schlechten Zustand.

Frage: Ist es geplant diesen Weg auszubessern?

Zusatzfrage: Falls ja, wann und in welchem Umfang soll das passieren?

Herr Skarabis verliest die Antwort des Amtes für Verkehr:

Der Rad-/ Gehweg am Schelpmilser Weg zwischen Donauschwabenstraße und Eckendorfer Straße befindet sich auf städtischen Flächen und in der Zuständigkeit verschiedener Dienststellen.

Er wird gegenwärtig zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit mit konsumtiven Mitteln unterhalten. Investive Haushaltsmittel zur mittelfristigen flächenhaften Sanierung/ Erneuerung sind nicht eingestellt.

Mitarbeiter des Amtes für Verkehr werden den Weg kurzfristig in Augenschein nehmen, um in Abstimmung mit dem Immobilienservicebetrieb die Möglichkeiten einer zeitnahen Zustandsverbesserung zu prüfen.

Gerne erfolgt dann eine weitere Information durch die Verwaltung.

Herr Schatschneider (Die Linke) bedankt sich für die Antwort und bittet die Verwaltung zu gegebener Zeit um weitere Informationen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Beschilderung Braker Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9555/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Viele Brakerinnen und Braker wundern sich über die vor Kurzem erfolgte Beschilderung auf der Braker Straße im Bereich BGW-Gebäude und Kirche.

Verwunderlich ist das insofern, als exakt innerhalb dieses Bereichs eine Ampel vorhanden ist.

Sinnvoller wäre hier das Zeichen 136-10, das auf Kinder (Kita) hinweist mit dem Zusatz Mo-Fr 8-16 Uhr (statt „werktags“).

Auch im Sinne von Akzeptanz und Übersichtlichkeit erscheint diese Beschilderung überflüssig.

Frage:

Welche verkehrliche Notwendigkeit hat zur Aufstellung der Schilder (Verkehrszeichen 133-10 in Verbindung mit Tempo 30 „werktags“) in Höhe der ev. Kirche auf beiden Seiten der Braker Straße geführt?

Zusatzfrage:

Gibt es Überlegungen, diese Beschilderung zurückzunehmen oder zu ändern?

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Antwort des Amtes für Verkehr:

Im Rahmen der Umsetzung der ersten Verordnung zur Änderung der StVO vom 15.06.16 wurden auch die sozialen Einrichtungen im Stadtbezirk Heepen überprüft und umgesetzt.

Im angesprochenen Bereich der Braker Straße Höhe der Ev. Kirche befinden sich die Kita Braker Straße und das Tageshaus Brake. Beide Einrichtungen erfüllen die entsprechenden Voraussetzungen als soziale Einrichtung, in dem sich schutzbedürftige Personen aufhalten. Sofern an gleicher Stelle mehrere sozialen Einrichtungen vorhanden sind, werden die Öffnungszeiten derjenige Einrichtung für eine zeitliche Geschwindigkeitsreduzierung zu Grunde gelegt, die länger geöffnet ist. Beim Tageshaus sind das die Zeiten Mo- Sa (also werktags) von 8-16 Uhr, wie ausgeschildert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Datenschutz im Rahmen des Terminvereinbarungskonzeptes der Bürgerberatung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9575/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion.

Wie stellt die Verwaltung sicher, dass im Rahmen der Terminvereinbarung von Bürgerberatungsterminen datenschutzrechtliche Vorschriften eingehalten werden?

Zusatzfragen:

Welche Daten werden wie lange und wo gespeichert?

Gibt es eine Möglichkeit, den Service der Bürgerberatung ohne Speicherung persönlicher Daten auf externen Servern in Anspruch zu nehmen?

Herr Skarabis nimmt Bezug auf die vor Sitzungsbeginn verteilte Antwort

des Bürgeramtes:

Die Stadt Bielefeld kann nicht alle für ihr Funktionieren wesentlichen Leistungen selbst erbringen. So ist sie beispielsweise auf Dienstleister für die IT-Infrastruktur oder für die Bereitstellung von Software angewiesen. Die Kommune als Auftraggeber darf sich grundsätzlich durch andere Stellen bei der Datenverarbeitung unterstützen lassen. Sie bleibt als abgebende Stelle jedoch weiter gegenüber den betroffenen Personen datenschutzrechtlich verantwortlich. Die Auslagerung verlagert nicht die Verantwortlichkeit.

Durch den Abschluss eines Vertrages zur Auftragsverarbeitung im Sinne von Art. 28 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zwischen der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stadt Bielefeld als Auftraggeber und dem Dienstleister des Terminvereinbarungsprogramms als Auftragsverarbeiter ist eine rechtlich ausreichende Basis für die Weitergabe der Daten an den Dienstleister gegeben, da darin sämtliche aus datenschutzrechtlicher Sicht relevanten Aspekte geregelt sind.

Nach Art. 29 DSGVO ist der aufgrund eines Auftrages tätige Dienstleister weisungsgebunden. Er führt daher die Verarbeitung für den Auftraggeber nicht als Dritter i. S. d. Art. 4 Nr. 10 DSGVO durch. Es besteht vielmehr zwischen dem den Auftrag erteilenden Verantwortlichen und seinem Auftragsverarbeiter ein „Innenverhältnis“. Die Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter wird deshalb grundsätzlich dem Verantwortlichen zugerechnet.

Darüber hinaus werden den Kunden im Rahmen der Terminvereinbarung Hinweise zum Datenschutz erteilt. Damit ist gewährleistet, dass die Stadt Bielefeld den gemäß Art. 13 und 14 DSGVO bestehenden Informationspflichten im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten entspricht.

Zusatzfragen:

Die persönlichen Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Telefonnummer oder E-Mail-Adresse) werden bis zum Aufruf der Terminnummer auf dem Server des Auftragsverarbeiters gespeichert und danach automatisiert umgehend gelöscht.

An den Selbstbedienungsterminals zur Terminvereinbarung, die in jeder Bürgerberatung als Vor-Ort-Service vorhanden sind, werden keine persönlichen Daten aufgenommen. Hierbei handelt es sich um ein vereinfachtes Verfahren mit dem direkt eine Aufrufnummer ausgedruckt wird.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, aus der Antwort gehe hervor, dass die Verarbeitung der Daten dem Verantwortlichen, also der Stadt Bielefeld, zugerechnet werde. Er bedankt sich für die umfangreiche Antwort, bittet aber noch einmal nachzureichen, ob und ggf. in welcher Form der Dienstleister auf Einhaltung der vertraglichen Regelungen überprüft werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Perspektiven für eine zukünftige Nutzung des Gymnasiums Heepen am Haupt- und Teilstandort

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9509/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die vollständige Nutzbarkeit für die Sekundarstufe II mit Unterrichts-, Fach-, Sozial- und Verwaltungsräumen zu Beginn des nächsten Schuljahres realisierbar ist.

Dabei soll auch geprüft werden, ob es sich bei dem Teilstandort an der Beckerstraße um eine Übergangs- oder Dauerlösung handelt.

Zusätzlich soll geprüft werden, welche Zügigkeit aufgrund des vorliegenden Datenmaterials dauerhaft vorgesehen ist und welche Investitionen am Hauptstandort Alter Postweg dafür erforderlich sind.

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, Grundlage für den Antrag sei eine Begehung des Haupt- und Teilstandortes des Gymnasiums durch die schulpolitischen Sprecher auf Einladung der Schulleitung gewesen. Es sei dabei festgestellt worden, dass der Teilstandort „ausgeschlachtet“ worden sei, die Substanz sei sehr alt. Dieser Antrag stelle eine Zusammenfassung der Erkenntnisse aus dem Begehungstermin dar.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, für die Entscheidung sei, da es sich hier um die Schulform Gymnasium handle, der Schul- und Sportausschuss zuständig. Die Bezirksvertretung unterstütze das Anliegen, das Gebäude, insb. die Fachräume (sowohl Räumlichkeiten als auch Ausstattung) zum neuen Schuljahr so herzurichten, dass ein adäquater Unterricht möglich sei. Alles Weitere werde im Schulentwicklungsplan dargestellt.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, er könne den Antrag, kurzfristig funktionsfähige Räume herzurichten, unterstützen. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung, eine Perspektivplanung in Form eines langfristigen Raum- und Zügigkeitskonzeptes für das Gymnasium Heepen vorzulegen, das der Schule Planungssicherheit gebe.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) gibt im Hinblick auf die Frage der Zuständigkeit zu Bedenken, dass aus seiner Sicht der Antrag an den Schul- und Sportausschuss zu richten sei. Dieser Antrag könne dazu als Grundlage dienen.

Frau Köttnitz (BFB) erklärt, auch aus ihrer Sicht sei es wichtig, den Auftrag frühzeitig an die Verwaltung zu richten, damit die Räumlichkeiten auch rechtzeitig zu Beginn des neuen Schuljahres fertig gestellt seien.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Schul- und Sportausschuss wird gebeten, die Verwaltung zu beauftragen, die für den Schulbetrieb notwendigen Räume dem Gymnasium Heepen in adäquatem Zustand zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung, für das Gymnasium Heepen zeitnah einen Raum- und Nutzungsplanung vorzustellen. Dabei sind die im Antrag (Dr.-Nr. 9509/2014-2020) enthaltenen Fragen mit zu berücksichtigen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Verkehrssicherheit im Einmündungsbereich Braker / Engersche Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9554/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Straßen NRW wird gebeten, die Einmündungssituation Braker/Engersche Straße auf Optimierung von Sicherheit zu überprüfen.

Das Amt für Verkehr wird gebeten, diesen Antrag gegenüber Straßen.NRW zu unterstützen.

Begründung:

Im besagten Einmündungsbereich gibt es immer wieder Unfälle, zuletzt Ende September

(Foto s. Anhang; dem Antragsteller liegen weitere Unfallfotos von dieser Stelle vor.)

Maßnahmen zur mehr Sicherheit könnten sein:

- 1. Anlage eines kleinen Kreisverkehrs oder*
- 2. Anlage einer Ampel oder*
- 3. Fahrbahnmarkierung auf der Engerschen Straße (von Norden kommend: Linksabbieger/Geradeausfahrer) und*
- 4. Anordnung von Tempo 50 in diesem Bereich.*

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, dass für diesen Bereich schon diverse Anträge gestellt worden seien. Obwohl der Landesbetrieb Straßen.NRW diesen Anträgen bislang nicht nachgekommen sei, halte er es dennoch für wichtig, auf die fehlende Verkehrssicherheit in diesem Bereich erneut aufmerksam zu machen. Auch er sei verwundert, warum dieser Knotenpunkt nicht in der Unfallstatistik auftauche, obwohl sich hier schwere Unfälle ereignet hätten.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Straßen NRW wird gebeten, die Einmündungssituation Braker/Engersche Straße auf Optimierung von Sicherheit zu überprüfen.

Das Amt für Verkehr wird gebeten, diesen Antrag gegenüber Straßen. NRW zu unterstützen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 5.2*

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Rechtsabbiegegebot Waagestraße/Braker Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9565/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Einmündung Waagestraße/Braker Straße weitere Hinweise auf das Rechtsabbiegegebot zu installieren (z.B. Fahrbahnmarkierungen und zweites Schild „Vorgeschriebene Fahrtrichtung rechts“).

Begründung:

Die bisherige Beschilderung ist nicht ausreichend. Die alte Fahrbahnmarkierung ist verwirrend.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf den Antrag aus der letzten Sitzung (s. Dr.-Nr. 9053/2014-2020) zur Waagestraße. Er bekräftigt noch einmal, dass das angeordnete Rechtsabbiegegebot zuweilen nicht beachtet werde und alle kontrollierenden Maßnahmen bisher keinen Erfolg gehabt hätten. Dies liege nach seiner Einschätzung insbesondere daran, dass die alten Fahrbahnmarkierungen noch suggerierten, dass ein Linksabbiegen möglich sei. Ein Schild an dieser Stelle reiche nach seiner Auffassung nicht aus, um auf die neue Regelung aufmerksam zu machen. Daher sei es sinnvoll, einen weiteren Hinweis – zumindest für die Übergangszeit – anzubringen. Dabei dürfe es kein Hinderungsgrund sein, dass ein weiteres Schild ggf. an einer Privatstraße aufgestellt oder angebracht werden müsse. So könnte z.B. ein temporäres Schild (analog Baustellenschild) aufgestellt werden.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) spricht sich dafür aus, zunächst die Auswertung des „Verkehrsversuches“ abzuwarten. Die Markierung auf der Fahrbahn scheitere daran, dass die Stadt nicht Eigentümerin der Fläche sei. Er habe beobachtet, dass trotz des Rechtsabbiegegebotes an der Kreuzung nach seiner Einschätzung jeder zweite Fahrer

links abbiege. Er sehe an dieser Stelle aber nicht die dringende Notwendigkeit zum Rechtsabbiegebot. Er spricht sich dafür aus, den Antrag zurückzustellen, bis die Auswertung des Amtes für Verkehr vorliege.

Herr Schatschneider (Die Linke) spricht sich für den Antrag aus, denn wenn bereits jetzt erkennbar sei, dass das Rechtsabbiegebot nicht eingehalten werde, könne die Bezirksvertretung auch umgehend darauf reagieren.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich ebenfalls für den Antrag aus, da sie dort weiterhin eine Gefahrenstelle sehe.

Herr Skarabis ergänzt, die Umsetzung von Maßnahmen an dieser Stelle sei schwierig, da es sich hier um eine Privatstraße handele. Zudem weist er darauf hin, dass das Amt für Verkehr voraussichtlich schon in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zum sog. Verkehrsversuch berichten könne.

Herr Dr. Elsner erklärt darauf hin, den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

- zurückgestellt -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 5.3*

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Konversion - Sachstand im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9566/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes über den Sachstand zum Thema Konversion im Hinblick auf den Stadtbezirk Heepen zu berichten.

Begründung:

In der jüngeren Vergangenheit gab es eine Reihe von Informationen über den Fortschritt bei der Entwicklung einer neuen Nutzung der Wohnquartiere der britischen Streitkräfte auf Heeper Gebiet.

Die Verwaltung soll öffentlich und ggf. auch nicht-öffentlich über den aktuellen Stand berichten.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes über den Sachstand zum Thema Konversion im Hinblick auf den Stadtbezirk Heepen zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 5.4*

-.-.-

Zu Punkt 6

Vorstellung der neuen Leiterin der Volkshochschule Bielefeld (VHS)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Frau Kukulenz als neue Leiterin der Volkshochschule (VHS) Bielefeld.

Er erklärt, die Bezirksvertretung Heepen habe immer ein großes Interesse an der Arbeit der VHS, vor allem in den Außenbezirken.

Frau Kukulenz bedankt sich für die Einladung und berichtet zu ihrem Lebenslauf und beruflichen Werdegang. Aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen an anderen Standorten sei sie es gewohnt, in ihren Konzepten in die Fläche zu denken.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, dass die Arbeit der VHS seitens der Bezirksvertretung geschätzt werde. Es habe die Bezirksvertretung jedoch sehr irritiert, dass bestimmte Kurse von der VHS an die Musik- und Kunstschule (MuKu) übertragen worden seien, ohne dass die Bezirksvertretung informiert bzw. beteiligt worden sei. Bereits jetzt seien Auswirkungen erkennbar, denn einige Kurse fänden nicht mehr statt, da es Differenzen zwischen örtlicher Kursleitung und der MuKu gebe. Dies könne man nicht tolerieren. Es sei sehr ärgerlich, wenn dies von zentraler Stelle so entschieden worden sei, ohne die Bezirksvertretung zu beteiligen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt nach, mit welchen Konzepten Frau Kukulenz die bezirklichen Angebote, insb. auch im Hinblick auf die Mobilitätsstrategie, in den Außenbezirken halten und ggf. ausbauen wolle.

Frau Kukulenz erklärt, dass sich die Bezirksvertretung bzgl. der Differenzen zwischen Kursleitungen und MuKu direkt an die Muku wenden könne. Sie habe bisher wahrgenommen, dass dort ein großer Wille herrsche, die Kurse weiter zu führen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verdeutlicht noch einmal, dass eine frühzeitige Einbindung der Bezirksvertretung wichtig sei, damit dieses Gremium sie darin unterstützen könne, dass es nicht zu einem weiteren Abbau des Kursangebotes in den Außenbezirken komme.

Frau Kukulenz bekräftigt, dass ihr das Arbeiten in die Fläche sehr wichtig sei. Zwar habe sie in der Kürze der Zeit noch keine konkreten Strategien entwickelt, sie könne sich aber vorstellen, durch die Vereinbarung von Kooperationen das Angebot in der Fläche zu sichern.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich bei Frau Kukulenz und bittet sie, zu einem späteren Zeitpunkt dazu noch einmal weitergehend zu berichten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Vorstellung der neuen Geschäftsführer der MVA Bielefeld-Herford GmbH

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Herrn Pörtner und Herrn Pöschel als neue Geschäftsführer der MVA Bielefeld-Herford GmbH.

Herr Pöschel bedankt sich für die Einladung und stellt sich als kaufmännischer Geschäftsführer der Interargem GmbH, der MVA Bielefeld-Herford GmbH sowie der Enertec Hameln GmbH vor. Er habe die Aufgabe zum 01.04.2019 übernommen. In seiner neuen Funktion verfolge er u.a. das Ziel, die kommunalen Kooperationen in der Abfallwirtschaft OWL weiter zu vertiefen.

Im Anschluss stellt Herr Pörtner sich als technischer Geschäftsführer der MVA Bielefeld-Herford GmbH sowie der Enertec Hameln GmbH vor. Er habe die Aufgabe bereits zum Juni 2018 übernommen. Sein Ziel sei es, die Anlagen auf einem hohen technischen Niveau unter Einhaltung hoher Umweltstandards zu führen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass aus Sicht der Bezirksvertretung der Sicherheitsstandard der MVA von großem Interesse sei. Die bisherige Leitung der MVA hätte stets offensiv die anstehenden Themen mit der BV erörtert. Diese offene Informationspolitik wünsche er sich auch von der neuen Geschäftsführung.

Er führt aus, dass den Stadtteil Baumheide derzeit die Verkehrsbelastung vor Ort bewege, insbesondere die Anlieferungsstrecken für den Schwerlastverkehr zur MVA. Dieser solle über die Eckendorfer Straße und nicht über Nebenstrecken erfolgen. Er bittet darum, wenn möglich, bei den Zulieferern in diesem Sinne darauf hinzuwirken.

Herr Pöschel erklärt, dass ihm die Fortführung der guten Informationspolitik ebenfalls sehr am Herzen läge und er auch weiterhin den Dialog mit Bürger*innen und der Politik suchen werde.

Zu der Verkehrsbelastung erklärt er, dass die MVA keine Verkehrsströme lenken könne, aber dort, wo es nicht um hoheitliche Aufgaben, sondern um privatrechtliche Vereinbarungen gehe, habe man in den Verträgen mit den Lieferanten geregelt, dass die Anlieferung über die Eckendorfer Straße zu erfolgen habe. Dieses Thema sei aktuell im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Klärschlamm-Monoverbrennungsanlage wieder in den Vordergrund gerückt. Die Verkehrsbelastung sei hier auch ein wichtiges Thema und die MVA habe darauf hingewiesen, dass es dazu eine privatrechtliche Regelung geben werde. Es sei allerdings noch wirkungsvoller, wenn zudem der Verkehr von der Verkehrsbehörde durch eine entsprechende Beschilderung gelenkt würde.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen und die Bereitschaft, die Verkehrsproblematik über privatrechtliche Verträge zu regeln. Er bittet Herrn Pöschel darum, auch von Seiten der MVA noch einmal auf das Amt für Verkehr einzuwirken, dass von dort die Antwort zum Antrag auf ein LKW-Durchfahrtsverbot für die Heidenheimer Straße/Schelpmilser Weg (s. BV Heepen, 12.09.2019, TOP 4.5) noch einmal überprüft werde.

Herr Pöschel berichtet aus dem Erörterungstermin zum Antrag auf Genehmigung der Klärschlamm-Monoverbrennungsanlage, dass von der Bezirksregierung Detmold der eingehende Hinweis an die Straßenverkehrsbehörde erfolgt sei, dies noch einmal zu bearbeiten. Die MVA unterstütze diesen Hinweis sehr und er werde sich dafür beim Amt für Verkehr noch einmal einsetzen.

Auf Nachfrage von Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Herr Pöschel, dass in dem Bereich, in dem es um die Entsorgung gewerbliche Abfälle gehe, bereits privatrechtliche Vereinbarungen zur Anlieferungssituation vorhanden seien. Frau Kreye fragt nach, welche Konsequenzen aus einem Verstoß gegen diese privatrechtliche Vereinbarung gezogen würden. Beispielsweise würden Anwohner beobachten, dass der Schwerlastverkehr auch Nebenstraßen befahre. Herr Pöschel erklärt dazu, dass er -wenn ihm ein Verstoß gemeldet werde- auf die Erfüllung der vertraglichen Nebenpflicht bei dem jeweiligen Unternehmen einwirken werde.

Auf Nachfrage von Frau Köttnitz (BfB) bestätigt Herr Pöschel, dass es sich bei der Klärschlamm Entsorgung nicht um eine hoheitliche, sondern um eine privatrechtlich zu regelnde Aufgabe handele.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich bei Herrn Pöschel und Herrn Pörtner für ihre Ausführungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Aufstellen einer Kletterspinne auf dem Schulgelände der Realschule Heepen

(zeitlich nach TOP 10.2 behandelt)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9360/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen stimmt der Aufstellung einer Kletter-

spinne auf dem Schulgelände der Realschule Heepen gemäß dem vom Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld, Abteilung Planung und Neubau -700.63- erarbeiteten Entwurf in der Fassung vom 09.09.2019 zu.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 8*

Zu Punkt 9

Soziale Stadt Baumheide (INSEK Baumheide)
Einrichtung eines Verfügungsfonds nach Ziffer 17 der Förder-
richtlinien
Stadterneuerung 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9504/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, wie die Informationen zum Verfügungsfonds möglichen Antragstellern bekannt gemacht würden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass dies im Rahmen der Projektkonferenz erfolgt sei und dadurch eine Vielzahl möglicher Antragsteller erreicht werden konnte.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Der Verfügungsfonds nach Ziffer 17 der Förderrichtlinien Stadterneuerung 2008 für das Programmgebiet der Sozialen Stadt Baumheide wird eingerichtet.**
2. **Die Richtlinie „Verfügungsfonds Soziale Stadt Baumheide“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen. Für die Vergabe der Fondsmittel ist die „Steuerungsrunde INSEK Baumheide“ zuständig.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 31.10.2019 – öffentlich – TOP 9*

Zu Punkt 10.1

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen

Zu Punkt 10.1

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechende Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 10.1 *

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Testbetrieb für „On-Demand-Verkehre“ (zeitlich nach TOP 7 behandelt)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Frau Kohlstädt und Herrn Schäfermolte von moBiel GmbH zur Berichterstattung.

Frau Kohlstädt berichtet über den Start des Pilotprojektes „Anton“ Anfang der Woche in Sennestadt.

Ziel des On-Demand-Verkehres, also eines digitalen Rufbussystems, sei es, den ÖPNV flexibler zu gestalten. Zum Einsatz komme der neue Verkehr in den Bereichen, in denen der ÖPNV noch nicht gut ausgebaut sei. Die Busse (zwei kleine Shuttlebusse mit je sieben Fahrgastplätzen sowie einem Rollstuhlplatz) werden per App oder Telefonbuchung in dem Moment des Bedarfs gebucht. Das Hintergrundsystem ermittle bei Kundenanfragen die Verfügbarkeit der Busse und gebe Auskunft über die voraussichtliche Ankunftszeit, je nach Angebot und Nachfrage. Der Fahrpreis für jeden Fahrgast betrage 1,50 €.

Der Testbetrieb sei in Sennestadt Anfang der Woche gestartet, für den Stadtbezirk Jöllenbeck (Ortsteile Jöllenbeck Dorf, Theesen und Vilsendorf) und den Stadtteil Brake im Stadtbezirk Heepen sei der Start für den 27.11.2019 geplant. Frau Kohlstädt berichtet, dass die Kleinbusse virtuelle Haltestellen in einem engen Abstand von 150-200 m bedienen werden. Die Haltestellen seien nicht physisch im Straßenbild sichtbar, es gebe keinen festgelegten Fahrplan und die Routen variierten je nach Bedarf. Es würden aber auch bereits bestehende Haltestellen, sog. Bestandshaltestellen, angefahren. Die Einsatzzeiten für den Bereich Jöllenbeck/Brake seien in der Zeit von Montag bis Freitag, von 09.00 bis 18.00 Uhr, geplant.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt Frau Kohlstädt, dass das Fahrtziel des Busses innerhalb des Testgebietes individuell vorgegeben werden könne. Die Software ermittle dann, wo die nächste virtuelle Haltestelle oder Bestandshaltestelle liege.

Die durchschnittliche Wartezeit, so führt Frau Kohlstädt auf Nachfrage weiter aus, sei sehr gebietsabhängig und zudem gebunden an die Anzahl der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge sowie den jeweiligen Standort des Kunden. So könne es Wartezeiten von ggf. 20 – 30 min geben, es könnten aber auch kurze Zeiten möglich sein. Die Information, wann der Bus beim Kunden eintreffe, erhalte der Nutzer sofort per App.

Frau Kreye fragt nach, ob es nicht sinnvoll sei, als Ziel eine Straßenbahnhaltestelle anzusteuern. Frau Kohlstädt erklärt, dass diese Überlegung aus Kundensicht durchaus bestehe, allerdings gebe es in den Be-

reichen bereits vorhandenen Buslinien, die ebenfalls die Straßenbahnhaltestellen anfahren. Wenn das neue Angebot derart erweitert werde, dann würde vs. die Nachfrage nach den Kleinbussen die vorhandenen Kapazitäten übersteigen. Anton sei zunächst dafür ausgelegt, die „letzte Meile“ zum Kunden zu erschließen.

Auf Nachfrage von Herrn Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt Frau Kohlstädt, das Angebot könne auch telefonisch unter 0521/51-1514 gebucht werden.

Herr Wäschebach erklärt, ggf. könne die ehemalige Fläche Welscher an der Herforder Straße mit in die Überlegungen von moBiel einbezogen werden, z.B. als park & ride-Plätze für den Braker Bahnhof. Es könne dann über das neue Angebot ggf. ein Pendelverkehr eingerichtet werden.

Frau Kohlstädt bestätigt auf Nachfrage von Herrn Wäschebach, dass das AST-Angebot weiter aufrecht erhalten werde. Das Anton-Angebot sei ein zusätzliches Angebot im Tagesverlauf.

Herr Dr. Elsner bittet darum, eine Auswertung der Testphase, z.B. auch im Hinblick auf Bedarfe im Querverkehr von Brake nach Jöllenbeck, die auch noch mal Anregungen für die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes geben könnten, in der Bezirksvertretung vorzustellen.

Herr Wäschebach und Herr Dr. Elsner bringen übereinstimmend ihr Bedauern zum Ausdruck, dass Brake nur mit einem Teil des Gebietes in dem Testbetrieb vertreten sei. Dies könne ggf. die Akzeptanz eines neuen Angebotes beeinträchtigen.

Herr Richter (CDU) fragt nach, wie kalkulierbar die Fahrtzeit sei. Herr Schäfermolte erklärt dazu, dass es keine festen Fahrtstrecken gebe, sondern diese individuell ermittelt und so optimiert würden, dass er auf dem Weg ggf. noch weitere Fahrgäste mit aufnehmen könne. Dadurch könne sich die vor Fahrtantritt ermittelte Fahrtzeit während der Fahrt verändern. Hier gebe es aber auch Begrenzungen, damit die Kundenzufriedenheit nicht beeinträchtigt werde.

Auf Nachfrage von Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt Herr Schäfermolte, dass die Fahrt bei Buchung über die App bezahlt werde.

Herr Schatschneider (Die Linke) fragt nach, wie die Bezahlung bei Buchung über das Telefon aussehe. Herr Schäfermolte führt aus, dass dann eine Barzahlung auch beim Fahrer möglich ist.

Herr Horn (CDU) fragt nach, ob es einen Flyer gebe, in dem der Einzugsbereich ersichtlich sei. Frau Kohlstädt erklärt, dass es für das neue Produkt Flyer gebe, der Einzugsbereich aber bei Anwendung der App noch einfacher zu erkennen sei.

Herr Schäfermolte erklärt abschließend, dass vs. nicht vor Ende des 1. Quartals 2020 mit einer ersten Auswertung der Testergebnisse zu rechnen sei.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Ausführungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -
* BV Heepen – 31.10.2019 - öffentlich - TOP 10.2*

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin